

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 146 A

BERLIN • Freitag, den 24. Juni 1932

1. JAHRGANG

Neuer Schlag gegen den Faschismus!

Die Abwehrfront wird verbreitert!

AUS DEM INHALT: *Dringender Appell für die Einheit*

Zu Hoovers Vorstoß in Genf.
Walter Rathenau. Zum 24. Juni 1932.
Die Innenminister unter sich.
Kluge Aktion der KPD.
Kirchliche Erfolge. / Gotteslästerung.
Kriegslästerung.
Dringender Appell auf einem Haufen.
„Wirtschaftsführer“: Friedrich Flick, Jvar
Kreuger.

Die Bestrebungen für die Bildung einer antifaschistischen Front, um deren Zustandekommen sich die Arbeiterschaft gerade in jüngster Zeit auf verschiedene Weise bemüht, werden unterstützt durch den hier folgenden Aufruf:

Dringender Appell!

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheiten in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipien — Gegensätze — alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli.

Es gilt diese Gelegenheit zu nutzen und endlich einen Schritt zu tun zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubieten.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Chi - yin Chen, Willi Eichler, Albert Einstein, Karl Emonts, Anton Erkelenz, Kurt Großmann, E. J. Gumbel, Walter Hammer, Theodor Hartwig, Kurt Hiller, Maria Hodann, Erich Kästner, Karl Kollwitz, Käthe Kollwitz, Arthur Kropfeld, E. Lanti, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Paul Oestreich, Franz Oppenheimer, Theodor Plivier, von Schoenaich, August Siemsen, Minna Specht, Helene Stöcker, Erich Zeigner.

Wir begrüßen aufs wärmste diesen wahrhaft dringenden Appell, der zeigt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Einheitsfront und die Bereitwilligkeit, für sie zu arbeiten, alle Kreise erfaßt hat, die überhaupt an der Verhinderung einer faschistischen Herrschaft interessiert sind.

Wir hoffen, daß den hier veröffentlichten Unterschriften in kürzester Zeit viele andere folgen werden. Zustimmungserklärungen zu dem Aufruf werden erbeten an eine der folgenden Adressen:

- Anton Erkelenz, Berlin-Zehlendorf, Teichstr. 20.
- Kurt Großmann, Berlin-Charlottenburg 4, Wilmerdorfer Straße 86.
- Maria Hodann, Berlin N 65, Adolfstr. 19.
- Karl und Käthe Kollwitz, Berlin N 58, Weißburger Straße 25.
- Otto Lehmann-Rußbüldt, Berlin NW 40, Spenerstraße 11.

Einheitsfront vor 10 Jahren

Ein zeitgemäßes Jubiläum.

Von Fritz Groh.

Dem Mord-Terror der Rechtsradikalen der heute gegen die Arbeiter immer mehr um sich greift, sind in Deutschland nach 1918 auch bereits zwei Reichsminister zum Opfer gefallen. Der ehemalige Finanzminister ERZBERGER und der Reichsaußenminister WALTER RATHENAU.

Die tödlichen Schüsse auf RATHENAU am 24. Juni 1922 wurden damals zu einem Signal für die Arbeiterschaft Deutschlands, sich zusammenzuschließen zu einer gewaltigen einheitlichen Front zur Verteidigung der Republik und der Rechte der Arbeiterschaft. Diese Front gelang damals. Wer jene Tage des Juni miterlebte, hat die überwältigende Kraft der Arbeiterklasse gespürt. Niemand konnte sich damals diesem Eindruck entziehen.

Demonstrationen fanden statt, wie sie z. B. Berlin bis dahin nicht gesehen hatte, und seitdem auch nicht wieder erlebt hat. Die Schätzung der Teilnehmerzahl dieser Demonstrationen in Berlin ging über 800 000 hinaus. In vorbildlicher Geschlossenheit führten die Gewerkschaften Proteststreiks im ganzen Reiche durch.

Als WALTER RATHENAU ermordet wurde, tagte in Leipzig der Gewerkschaftskongreß des ADGB. Der Kongreß faßte sofort am selben Tage eine Entschliebung, die sagt:

„Weil der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre . . . ein Kampf ist gegen die gesamte Arbeiterbewegung, ruft der Kongreß die gesamte Arbeiterschaft auf, von ihrer Selbsterfleischung im politischen Meinungsstreit jetzt abzulassen, einmütig alle Kräfte zur Niederkämpfung der Reaktion zusammenzufassen. Der Kongreß empfiehlt der gesamten Arbeitnehmerschaft, diesen ihren einmütigen Willen eindrucksvoll zu bekunden in einer gemeinsamen Arbeitseinstellung am kommenden Dienstag nachmittag und Veranstaltung machtvoller öffentlicher Kundgebungen an diesem Tage.“

Mit Beifallstürmen stimmten die Kongreßteilnehmer: Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten dieser Entschliebung zu.

Bereits am folgenden Tage traten die Vorstände des ADGB und des AFA-Bundes mit den Vorständen der SP, KP und USP im Reichstage zusammen. Die Beteiligten verpflichteten sich, Sonderbestrebungen nicht zu verfolgen und den Bruderkampf ruhen zu lassen, solange der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion geführt werden mußte. Sie beschlossen ihre gemeinsamen Forderungen an die Regierung in einem Aufruf zu veröffentlichen, der am 27. Juni erschien. In diesem Aufruf heißt es:

„Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle

Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen. Von den Gewerkschaftsmitgliedern und der gesamten Arbeitnehmerschaft Deutschlands verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens, sobald wir sie dazu aufrufen. . . .“

Berlin, den 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Leipart, Graßmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Aufhäuser, Urban, Stähr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Müller, Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Crispien, Dittmann.

Kommunistische Partei Deutschlands.

Meyer, Koenen.

Am 30. Juni erfolgte, von den gleichen Körperschaften unterzeichnet, ein zweiter gemeinsamer Aufruf zum erneuten Proteststreik am 4. Juli und zur gemeinsamen Demonstration. Anstelle von URBAN und MÜLLER unterzeichneten diesmal SÜSS und WELS.

Mit dem Verebben der Welle der unmittelbaren Empörung löste sich diese Einheitsfront wieder auf. Immer weniger der reaktionären Gefahren achtend ging die SP den Weg der bedingungslosen Koalitionspolitik, den außerparlamentarischen Kampf immer mehr niederhaltend, vertrauend auf das

demokratische Wohlwollen der bürgerlichen Koalitionspartner, von denen Herr WIRTH versicherte: „Der Feind steht rechts!“, und die im übrigen das berüchtigte „Gesetz zum Schutz der Republik“ annehmen halfen.

Die KP, unfähig zum Aufbau einer positiv-revolutionären Politik, die die ernsthaft sozialistischen Arbeiter vertrauensvoll zu sammeln, zusammenzuhalten in der Lage gewesen wäre, erging sich in sektiererischer Politik, eine Gruppe nach der anderen aus der Partei hinauswerfend, unfähig, selbstkritisch die heraufziehenden Gefahren der Reaktion für die Zukunft der Arbeiterbewegung richtig einzuschätzen. So wurde der linke Flügel der Arbeiterbewegung durch eine Politik der Phrase in seiner Anziehungskraft zerrüttet, statt Konzentrationspunkt zu sein in einem Augenblick, wo, wie in der gegenwärtigen Krise, sowohl der Kapitalismus als auch der Reformismus ihren Bankrott anmelden. Durch diese politische und geistige Unfruchtbarkeit der beiden Arbeiterparteien ist der Boden für die demagogische Agitation HITLERS bereitet worden. Wenn irgend etwas heute die Lage der Kommunistischen Partei beleuchtet, dann sind es die letzten Wahlergebnisse in Hamburg und Berlin, den beiden kommunistischen Hochburgen. In Hamburg hat die KP 49 000 Stimmen verloren und die SP 12 000 gewonnen. In Berlin hat die KP 91 000 Stimmen verloren und die SP 59 000 gewonnen. Das Wahlergebnis in Hessen vom letzten Sonntag ist schließlich für die KP geradezu erschreckend, wo die KP von 10 Mandaten 3 verloren und die SP zu ihren 15

An reaktionären Vorstößen, die für beide Parteien hätten Warnungssignale sein können, hat es seit November 1918

nicht gefehlt. Die politischen Fehler wurden auf keiner Seite abgestellt. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß die gesamte Arbeiterbewegung in ihrer Existenz bedroht ist. Heute weiter Richtungskämpfe austragen zu wollen, ist ein Verbrechen.

Wenn 1922 die Ermordung eines bürgerlichen Ministers ein hinreichender Anlaß war, die Einheitsfront der Arbeiter herzustellen, um

wieviel mehr die tägliche Ermordung von Arbeitern und die Bedrohung der gesamten Arbeiterbewegung heute.

Mögen heute die Gegensätze zwischen den Arbeiterparteien durch einen zehnjährigen erbitterten Kampf schärfer sein als damals, die Gewerkschaften sollten heute mit um so größerer Entschiedenheit die ihnen zustehende Vermittlerrolle kraftvoll ergreifen. Sie kann ihnen nicht mißlingen, weil die Arbeiter die Einheit wollen und nur durch die Partei-Apparate auseinander gehalten worden.

Japan lehnt die Verantwortung ab.

Der amerikanische Protest gegen die neue Zollordnung in der Mandschurei ist von der japanischen Regierung zurückgewiesen worden mit der leeren Ausrede, daß die Regierung Puji vollkommen unabhängig sei und eine Politik treibe, die nichts mit den japanischen Interessen zu tun habe.

Die mandschurische Regierung plant, nach der Anerkennung der Unabhängigkeit des mandschurischen Staates seitens der japanischen Regierung, den bisherigen Präsidenten der Republik, Puji, zum Kaiser der Mandschurei auszurufen.

Cholera in chinesischen Häfen.

Aus verschiedenen chinesischen Häfen wird der Ausbruch von Cholera-Epidemien gemeldet. Im chinesischen Viertel von Schanghai sind mehr als 120 Personen erkrankt; in Tschifu wurden 67 Erkrankungen festgestellt, von denen bisher 6 tödlich verliefen. Auch aus Tientsin werden Cholera-Fälle gemeldet.

Nach amtlichen chinesischen Meldungen ist die Cholera aus Südchina eingeschleppt worden.

Der Vormarsch der tibetischen Truppen ist nach einer amtlichen chinesischen Meldung zum Stillstand gebracht worden. Die Tibeter sollen bereits unter dem Druck der chinesischen Truppen den Rückzug angetreten haben.

Die Schweiz bedankt sich für Nazis.

Mostrich-Uniform verboten.

Die Schweizerische Depeschagentur teilt amtlich mit: Die Bundesanwaltschaft hat eine Untersuchung über die Betätigung der NSDAP in der Schweiz durchgeführt. Der Bundesrat hat heute beschlossen, die deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Morstadt und Waldemar Schulz aus der Schweiz auszuweisen. Dem Landesvertrauensmann der NSDAP in der Schweiz wird bekanntgegeben, daß das Tragen von nationalsozialistischen Brauhemden auf schweizerischem Gebiet verboten ist und daß im Gebrauch von nationalsozialistischen Emblemen größte Zurückhaltung angezeigt sei.

Oesterreich

vor dem Transfermoratorium.

Die österreichische Regierung hat auf das vorläufige Scheitern der Anleihe-Verhandlungen noch nicht mit der Erklärung des längst vorbereiteten Transfermoratoriums geantwortet; die Entscheidung darüber will sie sich bis zur Beendigung der Lausanner Konferenz vorbehalten. Als Zwischenlösung wird jedoch die österreichische Nationalbank die Zuteilung ausländischer Devisen für die Zahlung von Auslandsschulden ab Donnerstag einstellen, um ihre Devisenvorräte nicht zu stark zu vermindern. Die Schuldner von fälligen Devisenschulden sind amtlich aufgefordert worden, Schillingsbeträge in der Höhe ihrer Auslandsschuld bereitzuhalten, um sie gegebenenfalls dem Fonds einzahlen zu können, der im Fall des Transfermoratoriums Schuldentilgungen vermitteln soll.

Walter Rathenau.

Ermordet am 24. Juni 1922.

Rpt. Der Sohn des Schöpfers der AEG wurde nach dem Tode seines Vaters Präsident dieser Gesellschaft, eines Unternehmens von Weltruf. Er war außerdem Schriftsteller, Schöpfer der Kriegsrohstoffwirtschaft, Minister der Nachkriegszeit.

Seine Leistungen für die AEG sind schwer abzuschätzen. Vermutlich hat die meisten Arbeiten dort WILHELM DEUTSCH gemacht. Als Schriftsteller hat RATHENAU eine große Reihe viel gelesener Bücher und Schriften verfaßt, darunter das bekannte Buch: „Von Kommenden Dingen“, aus dem wir im folgenden zur Charakterisierung von RATHENAU einige Stellen zusammengetragen haben. Als Schöpfer der Kriegsrohstoffwirtschaft hat er die Mittel dafür gesichert, daß die Deutschen sich möglichst lange an dem Totschießen von Menschen beteiligen konnten. Als Außenminister hat er für den Frieden gearbeitet und wurde dafür, ausgerechnet dafür, heute vor zehn Jahren erschossen.

War Rathenau Sozialist?

Mit dem offiziellen Parteisozialismus hatte RATHENAU nichts zu tun. Sein Buch: „Von Kommenden Dingen“ leitet er ein mit den Worten:

„Dieses Buch trifft den dogmatischen Sozialismus ins Herz; denn er erwächst aus materiellem Willen... seine letzte Hoffnung ist irdisches Wohlbefinden.“ (Seite 14.)

Rathenaus Urteil über Karl Marx:

„Dieser gewaltige und unglückliche Mensch irrte so weit, daß er der Wissenschaft die Fähigkeit zuschrieb, Werte zu bestimmen und Ziele zu setzen; er verachtete die Mächte der transzendenten Weltanschauung, der Begeisterung und der ewigen Gerechtigkeit.“ (Seite 65.)

Die Ablehnung der materialistischen Begründung des Sozialismus ist keineswegs eine Ablehnung des So-

Abrüstung als Sparmaßnahme.

Hoovers Vorstoß in Genf.

S. Den ewig festgefahrenen Karren der Abrüstungskonferenz hat HOOVER am Mittwoch durch einen kurzen und heftigen Stoß vorwärtsbringen wollen. Diese Absicht war offenbar ehrlich gemeint; der amerikanische Präsident hat offen genannt, woran ihm in erster Linie lag, und die Antwort, die dieser Vorschlag erhielt, erfolgte ebenso prompt und entschieden. Das Ergebnis: Der Karren wird voraussichtlich weiter festsetzen.

HOOVER hat seine Pläne in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch herübergekabelt. GIBSON hat sie am Mittwoch nachmittag vor den 64 Konferenzmächten im großen Glassaal des Konferenzgebäudes vor vollbesetztem Haus und überfüllten Tribünen mit feierlicher Stimme vorgelesen.

Was hat HOOVER vorgeschlagen? Der entscheidende Punkt seiner Erklärung lautet:

„Die amerikanische Regierung schlägt eine Herabsetzung sämtlicher Weltrüstungen um ein Drittel vor.“

Die Begründung: „Dieses Programm würde in der ganzen Welt eine wirtschaftliche Belebung bringen. . . . Dieses Programm würde für eine Periode von zehn Jahren mindestens eine Ersparnis von 10 Millionen Dollar

zur Folge haben.“ GIBSON führte dann noch im einzelnen aus, wie auf dem Gebiet der Landrüstungen, der Militärluftfahrt und der Flottenrüstung die Einsparungen vorgenommen werden sollten. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, auf Grund dieses Planes Opfer zu bringen: Flottenneubauten weitgehend zu unterlassen, 1000 schwere Geschütze, 900 Tanks und 300 Bombenflugzeuge zu vernichten.

Die Haltung der Großmächte.

Die Vertreter Englands und Frankreichs meldeten sich nach der Verlesung des Abrüstungsplans von HOOVER sofort zu einer Erklärung, und zwar beide zu einer Gegenerklärung.

Die Ausführungen des Engländers SIMON sehen in dem amerikanischen Vorstoß den zur Zeit ungeeigneten Versuch, die laufenden privaten Verständigungen zwischen den Mächten zu unterbrechen. Das Ziel der Konferenz sei eine allgemeine Vereinbarung, die nicht durch einseitige Erklärungen unterbunden werden dürfe. SIMON ging außerdem auf einzelne englische Forderungen der Rüstungsbeschränkungen ein, die es offenbar machten, wie wenig Großbritannien geneigt sein wird, die einfache Reduzierung auf ein Drittel anzunehmen.

Nach SIMON sprach PAUL-BONCOUR. Er verlangte, daß der amerikanische Plan gemeinsam mit dem Vorschlag der französischen Regierung über die Organisation der internationalen Sicherheit behandelt werde. Ohne Sicherheitsgarantie sei eine Lösung der Abrüstungsfrage undenkbar; nur unter diesem grundsätzlichen Vorbehalt könne die französische Regierung den amerikanischen Vorschlag als Verhandlungsgrundlage annehmen.

Nach Frankreich und England gaben die Vertreter von Sowjet-Rußland, Deutschland und Italien eine Erklärung ab, die im Gegensatz zu SIMON und PAUL-BONCOUR die Ausführungen eine positive Unterstützung des Hooverschen Planes in Aussicht stellten.

LITWINOW kritisierte aufs schärfste das bisherige völlige Scheitern der Konferenz, er stellte fest, daß Hoovers Vorschlag mit wesentlichen Punkten des russischen Planes in Übereinstimmung stünde, und forderte

eine baldige allgemeine Aussprache über den amerikanischen Vorschlag.

NADOLNY erklärte, daß der Vorschlag HOOVERS dazu diene, der Konferenz einen neuen Impuls zu geben. Es gebe kein geeigneteres Mittel als diesen Vorschlag, die im Artikel 8 des Völkerbündnisses verbürgte Sicherheit der Staaten zu erreichen. Die Lage der bereits entwaffneten Staaten beanspruche, daß in weiteren Verhandlungen die Herabsetzung der Rüstungen in allen Staaten erzielt werde.

GRANDI gab die Erklärung ab, daß die italienische Regierung den amerikanischen Plan in allen seinen Teilen bedingungslos und vollständig annehme. GRANDI Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen, nachdem vorher die Erklärungen SIMONS und PAUL-BONCOURS die Stimmung im Saal merklich herabgedrückt hatten.

Die Sabotage.

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz gab Präsident HENDERSON die Erklärung ab, daß die Aussprache über den Hooverschen Plan in der öffentlichen Sitzung abgeschlossen sei und die Diskussion einstweilen nur in privaten Besprechungen weitergeführt werden solle.

Das bedeutet bei dem Stand der Dinge, daß der Einfluß der ablehnenden Mächte, Frankreich und England, wieder das Übergewicht bekommt, ferner, daß die Öffentlichkeit darauf angewiesen ist, über das Schicksal dieses Vorschlages nur das zu erfahren, was die Teilnehmer dieser Privatgespräche der Presse mitzuteilen belieben.

Was bedeutet der Vorschlag für die Arbeiterschaft?

Bei der völligen Aussichtslosigkeit, wie sie das monatelange Debattieren in Genf zu Tage gefördert hat, können wir den Vorstoß von HOOVER von einer Seite her begrüßen. Eine Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel würde die Steuerlast der Bevölkerung in den Staaten wesentlich erleichtern, und sie würde dazu durch die Tatsache der Verminderung der Rüstungen das Gespenst der Kriegsgefahr zum mindestens ein wenig zurückscheuchen. Die Hintergedanken, die bei den Amerikanern vorliegen mögen, Wahl-erwägungen einerseits, der Wunsch nach Unterbrechungen der geheimen Unterhaltungen über das Verhältnis von Kriegsschulden und Abrüstung andererseits, werden allerdings bei der herrschenden Geheimdiplomatie schwer durchschaubar sein. Uns interessieren aber bei dem Schicksal, das die kapitalistischen Mächte durch ihre Konferenzen über die Arbeiter der Welt verhängen können, solange wir ihnen dieses Handwerk noch nicht legen können, die Wirkungen, die von ihren Beschlüssen ausgehen, und da gestehen wir ruhig, daß uns eine Herabsetzung der Kriegskosten und der Kriegsgefahr hilft. Aber die Hoffnung auf eine solche Herabsetzung ist an dem Tag, an dem dieser Vorschlag vorgelegt wurde, leider bereits erloschen.

Mildes Urteil gegen nationalsozialistische Mörder.

Am Tage der mecklenburgischen Amtsvertreterwahlen, am 1. November vorigen Jahres, wurde auf dem Hohen Wall in Bad Sülz der in der dortigen Gegend bekannte Kommunistenführer, Schuhmacher WILHELM BRAUN, erschlagen aufgefunden. Die Täter, Nationalsozialisten, standen jetzt in Rostock vor Gericht.

Der Hauptangeklagte, KARSTÄDT, gab zu, BRAUN auf den Hohen Wall verfolgt und dann mit einem Spaten niedergeschlagen zu haben. KARSTÄDT behauptet, BRAUN habe ihn mit einer Schußwaffe bedroht. Das entschuldigt natürlich den Nazi in keiner Weise; wahrscheinlich handelte BRAUN

in Notwehr. Denn KARSTÄDT ist BRAUN nachgegangen auf den Hohen Wall (das hat der Nazi zugegeben); und er ist ihm sicher nicht nachgegangen, um sich von ihm bedrohen zu lassen.

KARSTÄDT erhielt fünf Jahre Gefängnis, während drei weitere Angeklagte wegen Beihilfe und Anstiftung zu insgesamt 26 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Der Vergleichsfall zur Demonstration des Klassencharakters dieses Urteils ist das Urteil gegen die Kommunisten im Essener FELGENDREHER-Prozeß. Auch damals handelte es sich um einen verabredeten Ueberfall. Aber Kommunisten waren die Täter und ein Nazi war das Opfer. Infolgedessen erhielten die vier Hauptangeklagten zusammen 37 Jahre Zuchthaus.

zialismus überhaupt. RATHENAU Schriften dienen wahrlich nicht der Verteidigung des Kapitalismus. Unmittelbar nach dem Angriff auf den Parteisozialismus fährt er fort:

„Wird die Unzulänglichkeit des Sozialismus evident, so mögen dennoch die sich nicht freuen, die aus bequemer Neigung zum Bestehenden, aus Furcht vor Opfern und aus Trägheit des Herzens ihn bekämpfen.“ (Seite 15.)

Was ist das Bestehende, das ihm wie uns verwerflich erscheint?

„Ist Reichtum Ersparnis? Bei der Kürze des menschlichen Lebens kann aus regelmäßigem Arbeitseinkommen zur Not ein mittlerer Wohlstand erspart werden; die Einkünfte, die sich zum Reichtum aufhäufen lassen, sind nicht Arbeitsvergütungen, sondern Gewinne anderer Kategorien. Die Volksmeinung, daß man durch Sparsamkeit an sich reich werden könne, ist irrig.“ (Seite 119.)

„Kein Weg führt von den unteren Ständen zu den oberen. Reichtum und Bildung ziehen gläserne Mauern um ihre Bezirke, und der tiefe Einschnitt zwischen den Lebensformen diesseits und jenseits wird nicht von südländischer Nachahmungslust und Zutunlichkeit überbrückt.“ (Seite 266.)

„Die Aufgabe der Bereicherung wird also nur dann gelöst, wenn der Unternehmer den Wettbewerb beschränken, den Nutzen nach Gutdünken bemessen oder den Kreis der Opferwilligen beliebig ausdehnen kann. In diese Lage bringt ihn nur das anerkannte oder erzwungene Monopol.“ (Seite 120.)

„... andere Wege zum Reichtum gibt es nicht.“ (Seite 121.)

„Im Gegensatz zu der Bereicherung durch Monopole und Spekulation, die einen Gefühlston des Widerstrebens in uns auslöst, erscheint dem gemeinen Empfinden die Bereicherung durch Erbschaft an sich nicht verwerflich.“ (Seite 125.)

RATHENAU, selber als Erbe reich geworden, bekämpft das geltende Erbrecht, wie Monopole und Spekulationsgewinne:

„Der Monopolist, Spekulant und Großerbe hat in der künftigen Wirtschaftsordnung keinen Raum.“ (Seite 131.)

„Oberhalb einer mäßigen Vermögenshöhe gehört jeder Nachlaß dem Staat.“ (Seite 138.)

Obwohl RATHENAU in den vom Staat anerkannten und den „erzwungenen“ Monopolen eine Wurzel des Übels sieht, ist sein Ziel doch nicht die Befreiung der

Wirtschaft von den Monopolen, sondern eine Art Planwirtschaft:

„Der Krieg vernichtet endgültig die Ungenugbarkeit der Privatwirtschaft und bereitet künftige Formen der Gemeinwirtschaft vor, indem er fühlbar macht, daß Wirtschaftsangelegenheiten eines zivilisierten Staates nicht die Sache des Einzelnen, sondern die Sache Aller sind.“ (Seite 277/78.)

Weit mehr als theoretische Meinungsverschiedenheiten über die Form der sozialistischen Wirtschaft trennt uns von RATHENAU seine Lebensweise. Seine Bücher sind voll von Worten der Empörung über die Klassenscheidung; die „anonyme Hörigkeit“ der Massen einerseits und die Lebensgewohnheiten der Oberklasse andererseits, die „in Recht und Besitz verharrt“. RATHENAU selber hat sich von diesen Lebensgewohnheiten jedoch kaum entfernt, — nur daß bei ihm manches mehr nach Kultur aussieht: er kaufte nicht Rennpferde, sondern zum Beispiel ein kunsthistorisch interessantes Schloß in der Mark.

Ein Sozialist lebt anders!

War Rathenau Nationalist?

„Heute (1916) sind es zwei Jahre, daß ich von der Denkweise meines Volkes mich schmerzlich getrennt fühle, soweit sie den Krieg als ein erlösendes Ereignis wertet.“

Seit Jahren hatte ich die Volksdämmerung erblickt und in Wort und Schrift verkündet. Ihre Zeichen traten mir entgegen im frechen Wahnsinn der Großstadtstraßen, in der Arroganz des materialisierten Lebens, im Milliardenwahn der Säkulareier von 1813, im Hohn der geschichtlichen Epigramme von Köpenick und Zabern, vor allem in der tödlichen Indolenz unsres verantwortungslosen, von Geschäften umnebelten Großbürgertums.“ (Seite 220.)

So weit lesen wir mit Zustimmung. Doch macht uns bald ein anderer Ton stutzig:

„Im Sommerglück der Julisonne jubelte das reiche, lebensfrohe Volk von Berlin dem Kriegsruf entgegen. Lebend und Todgeweihte in hellen Kleidern, heitern Auges, fühlten sich auf dem Gipfel lebendiger Macht und politischen Dasoins... Den Stolz des Opfers und der Kraft durfte ich teilen.“ (Seite 220.)

Opfer für das Volk?

Eine Rede des Freiherrn von BRAUN, nebst Uebersetzung.
t. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) hielt der Reichsernährungsminister Freiherr von BRAUN am Mittwoch eine Rede, aus der wir die wichtigsten Punkte wiedergeben. Die Uebersetzung in allgemein verständliches Deutsch fügen wir jeweils in Klammern hinzu.

„Um einen günstigen Start des neuen Erntejahres zu ermöglichen, habe ich Maßnahmen getroffen, die die Verwendung von ausländischem Brotgetreide auf das geringste Maß beschränken.“ (Günstiger Start = nur ja keine Getreide- und Brotpreisenkung!)

„Darüber hinaus habe ich umfassende Maßnahmen eingeleitet zur Entlastung der Märkte von der Warensseite her. Ich werde das Austauschexportverfahren für Weizen und Roggen in den nächsten Tagen in Kraft setzen.“ (Entlastung der Märkte von der Warensseite her = Kredite an die Landwirte, damit sie Getreide nicht zu verkaufen brauchen. „Austauschexportverfahren“, ein neues Wort für: Einfuhrschein-system.)

„Unerlässlich erscheint die Verhinderung der übermäßigen Futtermittelzufuhr.“ (Die Bauern sollen ja kein billiges Futtermittel bekommen!)

„Der Mindererlös im laufenden Wirtschaftsjahr in der Veredelungswirtschaft wird gegenüber dem Vorjahr auf etwa 1,5 Milliarden Reichsmark geschätzt, was darauf zurückzuführen ist, daß wir den Preiszusammenbrüchen am Weltmarkt zu stark ausgesetzt sind. Die Vertragszölle für Rindfleisch, die niedrigen Zölle insbesondere für Speck und Schmalz verhindern eine für die Landwirtschaft erträgliche Preisbildung. Es ist notwendig, möglichst bald zu anderen Zollsätzen zu kommen, die uns auf dem Vieh- und Fleischgebiet in ausreichendem Maße vom Weltmarkt unabhängig machen.“

(= Handelskrieg mit dem Erfolg, daß der deutschen Ausfuhr weitere Schwierigkeiten gemacht werden. — Weiß der Baron übrigens nicht, daß die Preise für Veredelungsprodukte der Landwirtschaft in Deutschland nicht gehoben werden können, ohne daß die Massenkaufkraft gehoben wird. Die Kaufkraft der Barone und solcher Herren wie FLICK reicht — selbst wenn die Reichsregierung sich sehr bemüht, sie hochzuhalten — dazu nicht hin!)

Zum Schluß appellierte der Minister an den „Geist, der allein aus dem heutigen Sumpf herausführen könne, den Geist, der die Interessen des Einzelnen zurückstellt und zu Opfern für das Volk bereit ist.“ (... der die Interessen für die Einzelnen zurückstellt und zu Opfern für die Junker bereit ist.)

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Erfurt: Sonnabend, 25. Juni, 20 Uhr, Volkshaus, Johannesstr. Thema: Stehen wir am Ende des demokratischen Systems? — Was dann?

Gelsenkirchen: Sonntag, den 26. Juni, 20 Uhr, im Saal der Wirtschaft Schubert (früher Fieber), Gelsenkirchen-Neustadt, Martinstr. 6. Thema: Wie schaffen wir einen einheitlichen linken Wahlblock SPD bis KPD?

Göttingen: Freitag, 24. Juni 1932, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volkshaus. Thema: Die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen Papen und Hitler.

Köln: Freitag, den 24. Juni, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Straße 5, I. Etg. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.
Freie Aussprache! Eintritt freil!

Eisenach: Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Gasthaus „Goldener Engel“. Thema: Der Weg zur Einheitsfront des Proletariats. Redner: Karl Echerlin, Kassel. Unkostenbeitrag: 10 und 5 Pfennig.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.
THEODOR PLIVIER.

12) Copyright by Malik-Verlag 1932
Der Chef des Militärkabinetts wirft ein, es handle sich nur um eine Abwesenheit von drei Tagen. Der Kaiser werde im Großen Hauptquartier gebraucht; er müsse sich auch den Truppen zeigen!
Der Kriegsminister versucht den Prinzen zu beruhigen:
„Wenn der Kaiser nur drei Tage fortbleibt, kann kein Schaden entstehen!“
Doch der Prinz ist voll düsterer Vorahnungen:
„Es darf nicht zur Abreise kommen! Ich glaube nicht an die drei Tage. Passen Sie auf, wenn der Kaiser abreist, kommt er nicht wieder.“
Eine Stunde später telephoniert der Prinz mit dem Kaiser:
„Ich bin betroffen von dem Entschluß Seiner Majestät. Und vor allem, daß er so plötzlich und ohne mein Wissen gefaßt worden ist!“
„Im Krieg werden schnelle Entschlüsse gefaßt! Und die Oberste Heeresleitung wünscht meine Gegenwart.“
„Ich möchte aber alleruntertänigst um Aufschub der Reise bitten. Wir gehen in den nächsten Tagen...“
„Unmöglich! Ich bin schon fast einen Monat von meiner schwer ringenden Armee getrennt. Der Kaiser gehört zu seinen Soldaten!“
„Aber der Entschluß ist doch sehr überraschend!“
„Die Kaiserin ist von diesem Entschluß genau so überrascht worden.“
Der Kanzler bemerkt, daß der Ton des Kaisers ohne persönliche Schärfe ist. Darauf setzt er seine Hoffnung. Er muß ihn überreden, er muß diese Reise verhindern, er braucht den Kaiser in Berlin, und er entgegnet:
„Aber auch zu Hause sind Seine Majestät unentbehrlich!

Kirchliche Erfolge / Gotteslästerung / Kriegslästerung.

Do Amsterdam, 15. Juni.
Die holländische Zweite Kammer hat mit 49 gegen 44 Stimmen einen Gesetzentwurf gegen die Gotteslästerung angenommen.

Durch dieses Gesetz werden den Kirchen Handhaben gegeben, damit sie schärfer gegen die holländischen Freidenker vorgehen können. Leider sind diese wie fast überall in zwei Flügel gespalten.

Den Anlaß zu dem Gesetz bot ein Artikel in der kommunistischen Zeitung „De Tribune“, Amsterdam, in dem von der Kirche als „Jesus Christus & Co, G m b H“ die Rede war. Daraufhin forderten 29 Pfarrer in einem Aufruf von der Regierung Maßnahmen, die derartige „Lästerungen“ unmöglich machen.

Diktatur am Rundfunk.

Aus einem Brief ALBERT KLEINS, Professor an der Oberrealschule in Gießen, gefallen in der Champagne.

„Gestern war ich seltsam bewegt. Ich hatte Gelegenheit, einen französischen Gefangenentransport zu sehen und ich habe mit einem von ihnen gesprochen, einem Kollegen, einem Professor der Philologie für alte Sprachen am Gymnasium von F. Dieser Mann war so offen, so intelligent, von so schöner militärischer Haltung wie alle seine Kameraden, obwohl sie gerade aus einer schrecklichen Prüfung kamen — aus dem Feuer der Maschinengewehre. Es war für mich ein Beweis des Unsinn vom Krieg. Ich dachte, wie man der Freund dieser Männer hätte sein können, die einem so nahe sind durch Bildung, Gedanken und Interessen. Wir kamen ins Plaudern miteinander, sprachen über ein Buch von Rousseau, fingen an zu disputieren, wie eben nur zwei Altphilologen —“

Wie ähnlich sind wir an Kraft und Wert! Und wie verlogen ist es, was unsere Zeitungen berichten von den erschütterten und erschöpften Truppen der Franzosen! Genau so wahr — das heißt so unwahr, als das, was die französischen Zeitungen über uns schreiben...“

Der französische Kollege zeigte in seinen Darlegungen einen so überlegenen Geist, so viel Verständnis und Wertschätzung für den deutschen Geist! Wie wir doch gemacht seien, um Freunde zu sein, und nun getrennt wären! Ich war ganz erschüttert. Ich setzte mich hin ganz verzweifelt. Ich dachte und dachte... kein Ende... kein Ende mit diesem mörderischen Krieg, der seit bald sechs Monaten in seinen Fängen Menschen, Besitz und Glück begräbt!

Und dieses Gefühl ist dasselbe bei uns und bei den anderen! Immer dasselbe Bild: Wir tun dasselbe, wir leiden

dasselbe, wir sind dieselben. Und gerade deshalb sollten wir so bittere Feinde...“ (Hier bricht der Brief ab.) („Freidenker“, Nr. 12.)

Dieser Brief sollte im Rahmen einer Freidenker-Veranstaltung durch den Rundfunk übertragen werden. Die Veranstaltung wurde daraufhin nicht übertragen.

Die Arbeiterschaft sollte das heute so reaktionäre Gerät abschaffen, und die Freidenker durch Versammlungs- und andere aufrüttelnde Tätigkeit den Schwarzrückden die Schafe wegtreiben, damit sie langsam zu vernünftigen Menschen werden.

Gegen das Verbot der proletarischen Freidenker!

Der „Bund Entschiedener Schulreformer“ protestiert gegen das verfassungswidrige Verbot des Verbandes der proletarischen Freidenker. Staat und Kirche sind nach der Verfassung getrennt. Es kann also nicht die Aufgabe des Reiches sein, die Kirchen gegen die Agitation anderer Denker zu schützen und diesen sogar den Zusammenschluß zu verbieten. Es muß vielmehr den einzelnen weltanschaulichen Verbänden — also auch den Kirchen — überlassen bleiben, durch ihre eigene Wirksamkeit ihre Substanz zu beweisen und zu erhalten. Gott kann nicht beleidigt, wohl aber machtpolitisch mißbraucht werden. Der mit dem Verbot beschrittene Weg führt zu einer untragbaren Unterdrückung der geistig-seelischen Freiheit, er führt in die kaum noch verkappte Verkirklichung des Staates, die aus der echten Religiosität einen dumpfen Scheinglauben macht. Angesichts dieser Mißgriffe stellt sich die unausweichliche Frage vor das Gewissen jedes ehrlichen — auch jedes gläubigen Deutschen, ob er noch weiterhin Kirchen angehören kann, die den Staat zur Unterdrückung der Denk- und Glaubensfreiheit benutzen.

26. Mai 1932. Der Vorstand: I. A.: Oestreich Kölling Hoepner.

Kirchenaustritte.
Wir machen darauf aufmerksam, daß der Deutsche Freidenker-Verband jeden Dienstag und Freitag abend von 19 bis 20 Uhr die Möglichkeit bietet, unter Anwesenheit eines Notars bei ermäßigten Gebühren aus der Kirche auszutreten, und zwar in Berlin O 17, Große Frankfurter Str. 141 v. II. Ausweis nicht vergessen!

Polizistenterror in NS-Braunschweig.

Heute stand eine Gruppe diskutierender Arbeiter vor dem „Volksfreund“-Hause. Drei Polizeibeamte forderten auf, weiterzugehen. Es kam zu einem kurzen Wortgefecht. Ein Arbeiter sollte verhaftet werden. Aus den Häusern der Arbeiterstraße kamen Arbeiter hinzu. Darauf zogen die Polizeibeamten die Pistolen. Die Arbeiter liefen fort. Im Laufend drehte sich einer, der Arbeiter GROBLEBEN, um und rief einem Polizisten etwas zu. Ohne weiteres gab dieser einen Schuß ab, der G. in die Brust traf.

Selbstverständlich herrscht unter der Arbeiterschaft Braunschweigs große Erregung, besonders in den Straßen, in deren Nähe sich der Vorfall abgespielt und die bereits häufig von Naziüberfällen heimgesucht worden sind.

Diese Erregung ist um so begreiflicher, als die Polizei am Tage vorher die Aufführung des Films „Panzerkreuzer Potemkin“ mit der Begründung verboten hatte, durch die Vorführung sei die Störung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu befürchten. Angeblich ist sie nicht in der Lage,

diese Veranstaltung vor Störenfriedern zu schützen. Sie sollte lieber ihre Beamten dazu verwenden, randalierende Nazis von der Störung von Arbeiterveranstaltungen abzuhalten, statt die Beamten in provozierender Weise in die Arbeiterviertel zu schicken, in denen sie sich dann zu derartigen Unbesonnenheiten hinreißen lassen, wie im heutigen Fall, in dem auf weglaufernde Arbeiter geschossen wurde.

In Berlin hat der Polizeipräsident den Befehl gegeben, die Polizei mit sofortiger Wirkung in erhöhte Dienstbereitschaft zu setzen.

In Remscheid kam es auf der Straße zu einem Streit zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern, bei dem die Nationalsozialisten durch die erregte Menge in solche Bedrängnis gerieten, daß sie sich unter den Schutz der Polizei begaben.

In Halle kam es zu heftigen Straßenschlachten zwischen Sozialisten und Nationalsozialisten, in denen die beiden Parteien mit Pflastersteinen kämpften.

In Bornstedt bei Sangerhausen wurde gleichfalls eine Steinschlacht geliefert zwischen SA-Leuten und Kommunisten.

In den nächsten Tagen müssen die wichtigsten Fragen erledigt werden, die wir unmöglich telephonisch behandeln können!“
„Nein, es geht nicht! Du hast Ludendorff abgesetzt; jetzt muß ich Groener einführen. Ludendorffs Fortgehen ist ein schwerer Verlust fürs Heer. Diesen zu ersetzen ist mir Pflicht, und den Ersatz einzuleben notwendig. Daher reise ich heute ab!“
„Das wird Feldmarschall v. Hindenburg doch sicher allein tun können. Wir gehen jetzt den schwersten Tagen entgegen. Da können Eure Majestät nicht abwesend sein.“
„Nein, ich fahre heute ab!“
„Aber Majestät, ich muß bitten...“
„Es bleibt dabei, ich reise!“
Der Kanzler ist am Ende seiner Argumente angelangt. Soll er um seine Entlassung bitten? Er verwirft den Gedanken gleich wieder. Zweimal hat er in den letzten acht Tagen schon die Kabinettsfrage gestellt. Er muß dieses letzte Druckmittel noch in der Hand behalten. Es bleibt nur übrig, den Kaiser im Neuen Palais aufzusuchen. Aber dann muß er seine Reserve in der Abdankungsfrage aufgeben und als Reichskanzler dem Kaiser diese Frage vortragen.
Der Prinz ist dazu entschlossen.
„Ich bitte, von Seiner Majestät zum Vortrag empfangen zu werden!“
Der Kaiser wehrt ab:
„Nein, das geht nicht. Du hast die Grippe. Die Aerzte erlauben mir das nicht. Sie fürchten eine Ansteckung. Außerdem mußt du dich schonen!“
„Ich bitte trotzdem —“
„Nein heute nicht!“
„Majestät, ich bitte — — — Hallo, hallo...“
Die Majestät antwortet nicht mehr. Die Verbindung ist abgerissen, vom Kaiser abgebrochen worden. Der Kanzler legt den Hörer weg, er legt ihn hart auf die Gabel des Apparats auf. Der Kaiser hat — — schließlich ist er nicht nur Kanzler und Oberster Beamter des Reiches; er ist ein Züh-

ringer Prinz, der künftige regierende Großherzog von Baden! Der Prinz wandert von einem Zimmer ins andere, seine Krankheit hat er vergessen. Er bleibt an einem Fenster stehen und sieht zu, wie der Wind die Zweige und Baumkronen vor dem dunklen Nachthimmel bewegt.

Muß er jetzt nicht seine Entlassung nehmen? Er erinnert sich an ein Bild, an das Kolossalgemälde Anton v. Werners, das in seiner heimatischen Besitzung Salem die halbe Wandfläche des großen Saales bedeckt: Die Kaiserkrönung in der „Galerie des glaces“, im alten französischen Königsschloß zu Versailles. Der König von Preußen, umgeben von den deutschen Bundesfürsten, an der Spitze ein Großherzog von Baden, sein Großonkel.

Die Entlassung nehmen? Nein, es geht nicht mehr um den Kaiser, geht nicht mehr um einen Einzelnen, auch nicht um den gekränkten Stolz eines Einzelnen. Die Dynastie und der monarchische Gedanke sind in Gefahr. Es geht um Bestand oder Untergang des Reiches. Er wird den Posten halten, auf den er gestellt ist. Jawohl, das wird er! Treue über die Person des Kaisers hinaus, Treue der Idee...“

Am nächsten Morgen sitzt Scheidemann an seinem Bett. Scheidemann hat dem Kanzler einen Brief geschrieben, nach dem er sich gezwungen sieht, „die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen: die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, Seiner Majestät, dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten.“

Der Kanzler richtet sich müde auf:
„Ich habe alles getan. Ich habe den Kaiser über die Auffassung des Inlandes und des Auslandes orientiert. Aber Sie dürfen mich nicht so unter Druck setzen — es ist doch eine furchtbar schwere Entscheidung!“

Auch Scheidemann will nicht, „daß der Kaiser in eine unwürdige Rolle gedrängt wird“, auch Scheidemann und die Sozialdemokraten wollen dem Kaiser die große Geste freiwilliger Thronentsagung offenlassen.

(Fortsetzung folgt.)

Einheitsfront bei den Reichstagswahlen!

Lt. In einer öffentlichen Aussprache des ISK in Frankfurt a. M. wurde der Vorschlag der Berliner BEWAG-Angestellten besprochen, die Arbeiterparteien sollten sich bei den Reichstagswahlen auf gemeinsame antifaschistische Listen einigen. Die große Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer stimmte diesem Vorschlag zu. Ein Diskussionsredner forderte die Anwesenden begeistert auf, sie sollten nicht länger diskutieren, sondern für diesen Vorschlag arbeiten; das heißt also u. a.: sie sollten unermüdet Unterschriften sammeln, die dem ADGB die Zustimmung der Arbeiterschaft zu dem Vorschlag der BEWAG-Angestellten zeigen.

Ein Kommunist wandte ein, der von den Kommunisten einberufene „Kampfkongress der antifaschistischen Einheitsfront“, der am 12. Juni in Darmstadt tagte, sei eine bessere Plattform als die Plattform, die der ADGB bilden könnte. Von 1400 Teilnehmern des Kongresses hätten 40 bis 50 der SPD oder SAP angehört. Er mußte sich aber von einem SAP-Genossen, der Kongressdelegierter war, sagen lassen: Wohl hätten die Redner am Anfang ganz sachlich gesprochen; zum Schluß jedoch wäre zur Wahl der KPD-Liste aufgefordert worden, und da hätten die SPD- und SAP-Delegierten

**Fordert Unterschriften-Listen an!
Zeichnet Euch ein! Sammelt Unterschriften!**

den Kongress verlassen, enttäuscht darüber, daß es sich wieder einmal nur um einen Schwindel gehandelt hätte.

Ein anderer Diskussionsredner meinte bedenklich: Man sollte doch überlegen: Eine Einheitsfront der Arbeiter wird eine Einheitsfront der Bürger zur Folge haben, und dann werden die Arbeiter bei den Reichstagswahlen geschlagen werden. — Welches ein trauriges Zeichen von Schwäche bieten diese Überlegungen! Einer einheitlichen antifaschistischen Arbeiterfront gegenüber werden die Reaktionen sicherlich weniger unverschämte auftreten können als jetzt, wo sie ein ständiges Zurückweichen der zersplitterten Arbeiterparteien erleben!

Die wirkliche Einheitsfront.

Franz: Bitte, zeichne Dich ein in die Liste zum Volksbegehren der Arbeiterschaft für die Bildung eines linken Wahlblocks!

Peter: Ach was, wieder ein neuer Laden, wieder neue Absplitterung!

Franz: Nein, Peter, dieses Volksbegehren soll gerade der Herstellung der Einheitsfront dienen!

Peter: Das ist nicht nötig! Die haben wir schon, und zwar in der „Eisernen Front“ —

Franz: Aber die Kommunisten ...

Peter: Die machen allerdings nicht mit, diese notorischen Spalter der Arbeiterbewegung!

Franz: Aber das ist doch keine Einheitsfront, in der ein solcher Machtfaktor wie die KPD fehlt.

Peter: Aber jeder kann doch in die „Eiserne Front“ eintreten, der willens ist, gegen den Faschismus zu kämpfen!

Franz: Schon richtig! Aber man kann doch nicht von Kommunisten verlangen, daß sie die politischen Parolen der SPD befolgen sollen; dann das muß man praktisch, wenn man in der „Eisernen Front“ ist, siehe preußische Landtagswahl! Sicher wird die „Eiserne Front“ auch für die kommende Reichstagswahl wieder zur Wahl der SP auffordern. Das kann man doch einem Kommunisten nicht zumuten.

Peter: Natürlich macht er das nicht. Aber ebenso wenig kann ein SP-Mann die KP wählen, die seine Partei so beschimpft.

Franz: Soll er auch nicht. Man müßte diesen Streit einmal eine Weile unterbrechen, bis wir über den großen Berg sind.

Peter: Allerdings, da hast Du recht. Wir müßten also eine Organisation schaffen, in der der Streit um parteipolitische Fragen zurückgestellt wird hinter Fragen, die Genossen aller Richtungen interessieren und in denen sie sich einig sind.

Franz: Eine neue Organisation ist dazu gar nicht nötig. Die freien Gewerkschaften brauchten sich nur auf ihre Pflicht der parteipolitischen Neutralität zu besinnen und von sich aus die Arbeiterparteien aufzufordern, einen linken Wahlblock zu bilden, und auf die einzelnen Arbeiterparteien die Kandidaten paritätisch nach ihrer bisherigen Stimmzahl zu verteilen.

Peter: Das wäre allerdings das Richtige!

Franz: Also dafür bist Du auch?

Peter: Klar.

Franz: Dann zeichne Dich hier ein; denn gerade das wird in diesen Listen gefordert.

Peter: Also her damit. Und gib mir auch gleich ein paar Listen mit; dann kann ich bei meinen Kollegen auch noch Unterschriften sammeln.

Neue Lohnabbauforderungen in der Schuhindustrie.

G. Berlin, 23. Juni.

Die Forderungen der Unternehmer der Schuhindustrie auf 14 Prozent Lohnabbau und Kürzung der Ferien um 50 Prozent haben die Verhandlungen in Frankfurt a. M. zum Scheitern gebracht.

So sind nun in der Schuhindustrie harte Lohnkämpfe zu erwarten, da die Arbeiter nach dem Lohnabbau von 15 Prozent auf Grund der Notverordnung einen weiteren Lohnabbau nicht hinzunehmen gewillt sind.

Das „soziale“ Gesicht der Reichsbahn.

L. W. Die Reichsbahndirektion München läßt für ihre Arbeiter eine neue Turnhalle bauen. Sicherlich ein soziales Beginnen.

Aber man darf nicht hinter die Kulissen gucken! Bei diesem Bau können Wohlfahrts-Erwerbslose 20 Wochen lang Arbeit bekommen, wenn das Wohlfahrtsamt pro Arbeiter und Woche 3 Mark zuschießt. Die Reichsbahn wird dann dem Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 5 Tagen à 7 Stunden 12 Mark pro Woche hinzuzahlen!

300 preußische Landräte auf einem Haufen.

Rpt. Wenn der nichtbeamtete Staatsbürger einem einzelnen Landrat in dessen Amtszimmer gegenübersteht, so kommt er sich meist klein und nichtssagend vor; er steht ja vor dem Inhaber der staatlichen Macht, der wie ein kleiner König in seinem Kreise herrscht.

Kleine Könige en gros wirken nicht, zumal wenn ihre Chefs zugegen sind. — Das war mein Haupteindruck, als ich am Mittwoch bei der Hauptversammlung des Preussischen Landkreistages — außer einer Reihe von Gästen und einigen Kreisausschuß-Mitgliedern — 312 preussische Landräte vor mir sah (gezählt an Hand des Delegierten-Verzeichnisses). Im Preussischen Landkreistag sind die Landkreise, die mehr als die Hälfte der preussischen Bevölkerung umfassen, Mitglieder. Der Verein selber vertritt, ähnlich wie der Preussische und Deutsche Städtetag die Interessen der Handkreise gegenüber den Staats- und Reichsbehörden. Es ist ein privater Verein; er steht juristisch auf derselben Stufe wie jeder Kaninchenzüchter-Verein; was ihn von diesem unterscheidet, werden wir noch sehen.

Zunächst liegt eine Vergleichung dieser Versammlung mit der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 11. Juni nahe. Um es kurz zu sagen: Dort waren die Herren versammelt, hier aber Menschen, die fast alle über die Rolle des Angestellten innerlich nicht hinausgekommen sind.

Im Namen der Reichs- und Staatsbehörden begrüßte Freiherr von BRAUN, der sich selber als alter Landrat vorstellte, die Versammelten: Der Standpunkt der Reichsregierung ist: „Nicht reden, sondern handeln.“ Sprach's und verschwand.

Der Vorsitzende, ein Landrat außer Dienst, hatte mit besonderer Wärme SEVERING begrüßt als „langjährigen Chef“. Dieser saß, nur durch den Reichsbankpräsidenten LUTHER getrennt, neben dem Baron, der die Reichsregierung vertrat. Wenige Minuten nach dem Baron verschwand auch der „kleine Metallarbeiter“, — nachdem er nichts gesprochen hatte.

Solidarität der Buchdrucker mit den Hilfsarbeitern.

F. G. In einer Versammlung der Betriebsräte aller Berliner Druckereien informierte am Mittwoch der Kollege GROHMANN vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter die Buchdrucker über den Tarifkonflikt der graphischen Hilfsarbeiter. Es geht in der Hauptsache um den Abschluß eines Reichstarifvertrages, während die Unternehmer die Arbeitsbedingungen örtlich mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen regeln wollen unter gleichzeitiger Durchsetzung eines Lohnabbaus. Z. B. verlangen die Berliner Druckerunternehmer für die Hilfsarbeiter einen Abbau um 5,7 bis 8,7 Prozent, für die Anlegerinnen von 12,3 bis 13,5 und für die Hilfsarbeiterinnen von 15,3 bis 16,7 Prozent. Nachdem der Kollege ALBRECHT vom Buchdruckerverband an Hand eines Urteils des Reichsarbeitsgerichts gezeigt hatte, daß auch arbeitsrechtlich betrachtet den Buchdruckern nicht zugemutet werden kann, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, sprachen die Betriebsräte in einer Diskussion den Hilfsarbeitern ihre Solidarität aus und stimmten folgender Entschließung zu:

„Die am 22. Juni in den Germaniafestsäulen tagende Betriebsräteversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer bringt der Bewegung der graphi-

Die Minister hatten wirklich gut getan, sich bald zurückzuziehen. Sie wußten ja von vornherein, was der Hauptredner, Staatssekretär Professor PORITZ, sagen würde. Dieser spricht ja allerorten nur über ein Thema: Finanzausgleich. (Wir werden zu diesem Thema demnächst im „Funken“ ausführlich Stellung nehmen.)

Auch das Bild, das PORITZ heute von der Notlage der kommunalen Finanzen zeichnete, war nicht neu. Kennzeichnend für die Zuspitzung der Lage war allerdings seine Frage: Ist es richtig, daß an Gemeinden Staatszuschüsse neuerdings erst gegeben worden sind, nachdem die Gemeinden versichert hätten, ihre Schuldzinsen nicht zu bezahlen? PORITZ hat Recht: das würde wirklich eine Auflösung jeder geordneten Finanzwirtschaft bedeuten.

Diese Auflösung kann man aber nicht durch eine Aenderung des Finanzausgleichs (eine Aenderung der Mittelverteilung auf Reich, Länder und Gemeinden) verhindern. Man kann sie nur verhindern durch eine Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Davon war aber so wenig die Rede wie von der politischen Krise, deren Schärfe ja nicht dadurch gemildert wird, daß SEVERING und Freiherr von BRAUN in einer Stuhlreihe sitzen.

Gewillt sind die auf der Tagung behandelten Fragen wichtig. Aber die SA wütet auf der Straße. 312 preussische Landräte, zu einem großen Teil durch das gleiche Parteilbuch mit ihrem Innenminister verbunden, könnten eine Macht gegen den Faschismus sein. Was ist geschehen, um diese Macht zu mobilisieren, etwa außerhalb der Hauptversammlung? Wir fürchten: nichts.

Unter dieser Voraussetzung, die leider viel Wahrscheinlichkeit für sich hat, müssen wir sagen: Die Hauptversammlung eines Kaninchenzüchter-Verbandes ist uns sympathischer. Dort wird ehrlicher Weise gar nicht erst der Anschein erweckt, als ob es um Wohl und Wehe der Gesamtheit gehe. Dort fahren daher die Delegierten auf eigene Kosten zum Tagungsort, statt auf Kosten der Steuerzahler.

sehen Hilfsarbeiter um Erhaltung ihrer tariflichen Errungenschaften volle Sympathie entgegen. Beim Ausbruch des offenen Kampfes werden die Funktionäre zu verhindern wissen, daß Streikarbeit geleistet wird. Daß mit Streikbrechern nicht zusammengearbeitet wird und auch keine Streikbrecher angelernt werden, dafür werden sich die Funktionäre mit aller Kraft einsetzen.

Ein außerordentlich wohlthuendes Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Wirtschaftspolitische Aussprache:

Berlin: Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, im Konferenzsaal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

MAGDEBURG

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark. Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen. **Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.**

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme
/// Tadelloser Sitz ///
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. L. Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telefon: 25 53 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

Juni: 23.-27. Zwei Chaplin-Filme:

Chaplin: **Die Nächte einer schönen Frau** mit Menjou, Purvance.

Chaplin in: **Ein Hundeleben.**

Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde

und Leser des

„Funken“

Unterstützt

EURO

Zeitung!

Werbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Bevorteilt bei Einträgen

unserer Inserentent!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

druckt

Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Sieben erschien:

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von Helene Bayer.

52 Seiten. Gehftet 0,40 M.

Aus dem Inhalt:

Zur Zinstheorie der Freigeldlehre. Ist der Geldbesitzer dem Warenbesitzer wirtschaftlich überlegen? Die Ursache des Zinses. Worin besteht die „Willkür“ der sogenannten Geldbesitzer? Die Ursache der Ausbeutung. Kann der Zins durch Einführung von Schwundgeld abgeschafft werden? Wirkungen des Schwundgeldes.

Zur Krisentheorie der Freigeldlehre. Die Quantitätstheorie. Die Ursachen der Wirtschaftskrisen. Können die Wirtschaftskrisen vermieden werden durch die Einführung der Indexwährung? Können die Wirtschaftskrisen durch das Schwundgeld vermieden werden? Gold- oder Indexwährung? Der Geldstreik. Die Wära-Aktion.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto: Berlin 313 42.

Die Innenminister unter sich.

SP.-Strategen versagen.

Hk. Die Konferenz der Innenminister hat stattgefunden und über fünf Stunden gedauert.

Teilnehmer für die Länder: SEVERING (Preußen, SPD); STÜTZEL (Bayern, Bayerische Volkspartei); RICHTER (Sachsen, „parteilos“); BOLZ (Württemberg, Zentrum); MAIER (Baden, SPD); KAESTNER (Thüringen, Wirtschaftspartei); LEUSCHNER (Hessen, SPD); SCHÖNFELDER (Hamburg, SPD); SCHLESINGER (Mecklenburg-Schwerin, Wirtschaftspartei); ROEVER (Oldenburg, NS); KLAGGES (Braunschweig, NS); FREYBERG (Anhalt, NS); VON SPRECKELSEN (Bremen, ?); DRAKE (Lippe-Detmold, SPD); MEHRLEIN (Lübeck, ?); VON MICHAEL (Mecklenburg-Strelitz, deutschnational); LORENZ (Schaumburg-Lippe, ?).

Die Auseinandersetzung ist so ausgefallen, wie man es bei der Unnachgiebigkeit der Süddeutschen einerseits und des Beauftragten SCHLEICHERS andererseits erwarten mußte: keine Einigung. Das geht selbst aus der im übrigen nichtssagenden amtlichen Verlautbarung über die Aussprache hervor:

„Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.“

Wer mehr erfahren wil, muß sich an die von den Ministern der Bayerischen Volkspartei informierte Presse halten; denn obwohl die Sozialdemokraten — parteipolitisch gesehen — die zahlenmäßig stärkste Fraktion auf der Konferenz stellten, ist zum Beispiel im „Vorwärts“ kein Wort aus sozialdemokratischer Information zu finden, insbesondere kein Wort über die Rolle, die SEVERING auf der Konferenz gespielt hat. Schon das spricht deutlich.

Wie die „Germania“ berichtet, hat Herr VON GAYL für den Fall, daß einige Länder in den Fragen der Uniformen und Demonstrationen „sich dem Wunsche des Reichs versagen sollten“, eine Ergänzung der politischen Notverordnung angekündigt.

„Diese Ergänzung dürfte, wie man hinzufügen kann, dahin gehen, daß die noch bestehenden Verbote von Reichs wegen beseitigt und durch Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage den Ländern die Möglichkeit genommen wird, auf diesem Gebiete ihre polizeilichen Befugnisse weiter auszuüben.“

Und die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz fügt hinzu: „Wir müssen uns nach dem Ergebnis der Länderkonferenz also auf einen schweren Eingriff der Reichsgewalt in die Länderrechte gefaßt machen. ... Es dünkt uns ganz selbstverständlich, daß eine bayerische Regierung nicht in der Lage ist, den politischen Auffassungen der Reichsregierung hier irgendwie entgegenzukommen.“

Ueber die Haltung der Süddeutschen läßt sich also sagen: daß sie nicht kapituliert haben; sie ziehen einen offenen Machtkampf mit SCHLEICHER einem Nachgeben vor. Dabei wissen sie, um was es bei diesem Konflikt geht und was ihnen unter Umständen droht:

„Im Falle einer Verhängung des Ausnahmezustandes zumal würde die bayerische Regierung praktisch abgesetzt werden, und ihre Befugnisse würden an den Reichswehrkommandanten des Wehrkreises 7 übergehen.“

So sprechen es die „Münchener Neuesten Nachrichten“ klar aus.

Uns erscheint diese Politik trotz des mit ihr verbundenen Risikos weitschauender zu sein als die von BRAUN-SEVERING, die nach jahrelanger Vorbereitung, nach jahrelanger „Durchdringung“ des staatlichen Machtapparats mit ihren Leuten, nach planmäßigen Bemühungen um die Republikanisierung der Polizei, nach all diesem Bereitstellen der Machtpositionen jetzt nicht den Kampf gegen die Faschisten aufnehmen.

SEVERING ist auf der Konferenz offensichtlich nicht hervorgetreten. Pflichtgemäß hat er nach den Begrüßungsworten GAYLS die Aussprache eröffnet. Aber über das, was er gesagt hat, schweigt sich der „Vorwärts“ aus, und im

übrigen berichtet von den Hauptblättern der Berliner Morgenpresse nur HUGENBERGS „Tag“ dürtig: SEVERING habe darauf hingewiesen, daß Preußen eine Milderung des Demonstrationsverbots in Aussicht gestellt habe und daß also für den Monat Juli für den größten Teil des Reichs kein allgemeines Demonstrationsverbot bestehe. Das ist alles, was über SEVERINGS Verhalten auf der Konferenz bisher bekannt geworden ist. Nichts zur Uniformfrage, zum SA-Terror.

Hingegen ist die Ablehnung der von der KPD für Donnerstag beantragten Demonstration im Lustgarten jetzt offiziell erfolgt.

Diese vollendete Schwäche, die die Politik der sozialdemokratischen Vertreter in der Preußen-Regierung kennzeichnet, fällt in die Tage, in denen die deutsche Arbeiterschaft die von Tag zu Tag erfolgenden Fortschritte und Rückschritte in den Bemühungen um die Einheitsfront mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Alles dreht sich heute um die Lebensfrage: wird die geschlossene Abwehrfront gegen die Interessen einer kriegerischen Entladung (nach innen oder außen) zustande kommen oder wird sie nicht zustande kommen? In einem solchen Moment muß es einen niederschmetternden Eindruck auf die Arbeiterschaft machen, wenn Arbeiterführer, die in entscheidenden Regierungsstellen sitzen, in Stellen, die mehr Macht verkörpern als sie den mutigen Süddeutschen zur Verfügung steht, nicht handeln. Das sind Schläge gegen das aufs äußerste gefährdete Werk der Einheitsfront, die mindestens so verheerend wirken wie ein ablehnender Brief eines ZK.

Wir wollen also, wenn es um die Frage nach den Saboteuren der Einheitsfront geht, nicht vergessen, daß es dabei nicht nur auf die in der „Roten Fahne“ und im „Vorwärts“ ausgetauschten Angebote und Antworten der Parteinstanzen ankommt.

Der wichtigste Schritt, der im Augenblick in der Frage der Einheitsfront zu tun ist, liegt, wie wir bereits gestern gesagt haben, beim ADGB. Der ADGB hat sich die Unabhängigkeit, die ihm als größter und überparteilicher Arbeiterorganisation zukommt, in der Frage des Wahlkampfes zum 31. Juli bisher gewahrt. Er hat sich bisher nicht, wie bei den Reichspräsidentenwahlen und den Preußenwahlen auf die sozialdemokratische Parole festgelegt. Wir begrüßen das. Denn der ADGB hat nach zwei gründlichen Reinfällen allen Grund, jetzt vorsichtiger und selbständiger vorzugehen: HINDENBURG war ein Reinfall und BRAUN-SEVERING war ein Reinfall für die Sache der Gewerkschaften.

Wenn der ADGB-Vorstand in seiner Erklärung vom Dienstag es als seine „feste Überzeugung“ bekannte, „daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht“, so betonen wir ergänzend nochmals, daß die besondere Unabhängigkeit des ADGB gegenüber den Parteien ihm die Initiative für das geschlossene Vorgehen der Arbeiterschaft zur gebieterischen Pflicht macht. Was er auch heute noch tun kann, ja, nach den Schlägen, die der Einheitsfront in diesen Tagen von den Parteien zugefügt worden sind, um so mehr tun sollte, haben wir gestern ausgeführt:

„Er sollte unabhängig von aller Zeitungspolemik seiner eigenen Einsicht folgen und den Wünschen von Millionen von Arbeitern Rechnung tragen, die Parteiführer zu einer gemeinsamen Besprechung oder Tagung einzuladen, um Auge in Auge mit ihnen zu beraten, was die Arbeiterschaft im gegebenen Augenblick für Maßnahmen ergreifen soll gegen den Faschismus.“

Die Amnestievorlage ist in zweiter Lesung angenommen worden in einer gemilderten Form. Danach umfaßt die Amnestie politische Vergehen und solche, die „aus wirtschaftlicher Not“ begangen wurden; ausgenommen sind in beiden Fällen die schweren Delikte wie Verbrechen gegen das Leben und schwere Körperverletzung. Die Amnestie umfaßt nur Taten, die bis zum 15. Juni begangen wurden.

Der Patriot ist stolz auf seine Arbeit:

„Und während der Siegeszug über den Westen brauste, die Türme von Paris sich zeigten, die zweite Siegeskrönung von Versailles erschimmerte, war mein Gedanke: Rettung aus Not, aus starrer Umklammerung, aus tödlicher Friedensfeindschaft. Damals saß ich im preussischen Kriegsministerium, um durch Gedankenarbeit die Wirkung der Meereskettung brechen zu helfen; daß nicht täuschende Erinnerung mir die Sorge jener Zeiten übertreibt, dessen sind Zeuge die Maßnahmen, die sich auf viele Jahre erstreckten und deren Wirkung Berufene bekräftigen.“ (Seite 221.)

Für die Zukunft hat er Hoffnung und Furcht in wunderlicher Mischung:

„Heiß und zuversichtlich glaube ich an glücklichen Ausgang; darüber hinaus fürchte ich. Denn dieser Krieg ist nicht ein Anfang, sondern ein Ende; was er hinterläßt, sind Trümmer. Und um diese werden sich Alle streiten: Völker, Parteien, Stände, Kirchen, Familien.“ (Seite 221.)

Ganz deutlich bricht in dem Juden RATHENAU der teutsche Nationalismus durch, den man sich nur denken kann, wenn er sagt:

„Das stärkste Argument für das Bestehende ist der Erfolg. Brächte der gegenwärtige Krieg den raschen, unbedingten Erfolg eines vollwertigen Sieges, so wäre die Verwirklichung des deutschen Volksstaates nicht beschleunigt. Und dennoch gibt es keinen Deutschen, der Volk und Heimat liebt und der nicht tausendmal lieber die verschärfte Reaktion von 1815 ertrüge als den kleinsten Abbruch der nationalen Macht und Ehre.“ (Seite 274.)

Warum verfällt auch dieser zum „Weltbürger“ geradezu geborene und erzogene Mann haltlos engstirnigstem, reaktionärstem Nationalismus?

War Rathenau politischer Philosoph?

Die Haltlosigkeit seiner Zeitgenossen zeichnet RATHENAU so:

„Der individuelle Nihilismus (der Verzicht auf Anerkennung von allgemeingültigen Wahrheiten), an dem wir leiden, der uns die Verallgemeinerung zweifelhaft, das Gesetz verdächtig und die Tat verächtlich macht, der vorgibt, sich mit

der Kontemplation des unvergleichlich Einzelnen zu beruhigen und doch heimlich vom Gesetz und von der Tat zehrt: diese hoffnungslose falsche Heiterkeit, unüberzeugte Ethik ...“ (Seite 18/19.)

Aber auch RATHENAU ist ein Kind seiner Zeit, und auch seine Ethik überzeugt nicht. Denn er schreibt:

„Wissenschaft mißt und wägt, beschreibt und erklärt, aber sie wertet nicht, es sei denn nach dem Maßstabe konventioneller Sätze. Ohne Wertung und Wahl aber besteht kein Ziel, und da alles vernünftige Handeln Zielen und Polen zustrebt, so ergibt sich abermals, daß über alles menschliche Geschehen das Herz entscheidet.“ (Seite 14/15.)

RATHENAU selber läßt dabei nicht ab, zu werten und seine Wertung ist oft völlig richtig, so wenn er den Kulturstand Europas in der Gegenwart beschreibt:

„Die Freuden sind die der Kinder, Sklaven und niederen Frauen: Besitz, der glänzt und Neid schafft, Unterhaltung und Sinnenrausch. Die Besitzfreude steigert sich zum irr-sinnigen Warenhunger, der sich selbst vertausendfaucht, indem Uebersättigung und Mode alljährlich die Schatzkammern entwerthen und leeren müssen, um sie mit neuem Unrat und Tand zu füllen. Tief erniedrigend und entwürdigend sind die Freuden der Großstadt und der Gesellschaft, die in unbewußter Ironie sich die bessere nennt. Verläßt ein denkender Mensch und Menschenfreund die Stätten, an denen dieses Volk sich vergnügt oder, wie es mit dem gemeinsten Wort vulgärer Sprache es bezeichnet, sich amüsiert; verläßt er diese Orte, ohne auch nur einen Augenblick an der Zukunft der Menschheit zu zweifeln, so hat er die stärkste Prüfung seiner Weltzuversicht überstanden. Rausch, Lust und Verbrechen strömt aus Giften und Reizmitteln, die an Aufwand das Dreifache fordern von dem, was die Welt für alle Aufgaben ihrer Kultur zusammenträgt.“ (Seite 36.)

„Ein anständiger Mensch im Sinne der europäischen Rest-moral aber ist einer, der seine dringendsten Schulden bezahlt, sich über Lügen nicht ertappen läßt, kein öffentliches Aergernis gibt, in Geschäften das Strafbuch achtet, sich an öffentlichen Kollekten beteiligt, Satisfaktion gibt, gute Kleider trägt, mittlere Schulkenntnisse besitzt und die gleichen Eigenschaften bei seinem ehelichen Vater nachweisen kann. Diese Gaben berechtigten heute, 1915, in allen zivilisierten Ländern, soweit das bürgerliche Sittenempfinden in Betracht kommt, zu jedem Ansehen, zu jedem wirtschaftlichen Anspruch, zu jeder mensch-

Eine kluge Aktion der KP.

Eine wirkliche Entlarvung.

Hk. Wir haben vorgestern die kommunistische Taktik kritisiert anläßlich des kommunistischen Einheitsfront-Angebots zur Wahl des preussischen Landtagspräsidenten. Die Kommunisten stellten damals die unmögliche Bedingung: „Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der PAPPEN-Regierung in Preußen“ — eine Bedingung, die die preussische Regierung zu einem Unternehmen auf-forderte, das geradezu dem auf solche Gelegenheit wartenden Reichskommissar den Weg bereiten würde.

Es ist erfreulich, daß die Kommunisten nach Ablehnung dieses Angebots ein neues gemacht haben, das in jeder Hinsicht so war, wie es unter Zurückstellen der Interessen der Partei hinter die der Einheitsfront sein mußte.

Gestern fanden im Landtag die endgültigen Wahlen der Präsidenten statt. Das Zentrum hatte der Nazi-Fraktion vor der Sitzung mitgeteilt, es könne „unter dem frischen Eindruck“ der inzwischen erfolgten „maßlosen Beschimpfungen des Zentrums seitens der nationalsozialistischen Fraktion und Presse“ dem KERRL nicht seine Stimme geben, aber es wolle bei der Wahl weiße Zettel abgeben. (Damit schien die Wahl KERRLS gesichert.)

Plötzlich erklärte jedoch PIECK, daß die KP-Fraktion trotz der Ablehnung ihres ersten Angebots jetzt ein neues mache:

„Wir Kommunisten sind bereit, für die Kandidaten der SPD und des Zentrums zu stimmen, wenn beide Fraktionen ihre Bereitwilligkeit erklären, durch aktive Beteiligung an den Wahlen mit uns Kommunisten gemeinsam die Nationalsozialisten und Deutschnationalen von jeder Mitbesetzung des Landtagspräsidiums — als Präsident oder Vizepräsident — auszuschließen.“

Die Kommunisten beantragten gleich, eine Stunde Pause zu machen, damit die Adressaten dieses Angebots zu gründlicher Beratung Zeit hätten. Das geschah, und nach Wieder-eröffnung der Sitzung erklärte das Zentrum, daß es den kommunistischen Vorschlag ablehne und bei der Wahl KERRLS weiße Karten abgeben werde.

Mit Recht stellte dann PIECK fest:

„Durch unseren jetzigen Vorschlag sind die Behauptungen des Zentrums und der SPD (über die Schuld der KPD am Zustandekommen eines NS-Präsidiums) endgültig demaskiert.“

Er fügte hinzu, daß nun die Kommunisten für alle Wahl-gänge ihren Kandidaten KASPER vorschlugen.

Das Zentrum hat also Farbe bekannt, und es ist das Verdienst der Kommunisten, es dazu genötigt zu haben. Während die „Germania“ die Entscheidung des Zentrums mit keinem Wort erläutert, bringt der „Vorwärts“ folgende Entschuldigung seiner Koalitionsbrüder fertig:

„Auch bei diesem Vorschlag war es von vornherein klar, daß das Zentrum ihn nicht akzeptieren würde. Hätten die Kommunisten gescheiter gefordert, daß ein Zentrumsmann oder Sozialdemokrat Präsident werden müßte, wäre vielleicht das Zentrum darauf eingegangen.“

Das glauben wir gern, daß das Zentrum darauf eingegangen wäre, wenn man ihm erlaubt hätte, sich den Weg nach rechts offenzuhalten durch die Wahl eines NS oder Deutschnationalen als Vizepräsidenten. Das aber war eben der Sinn des kommunistischen Angebots, das Zentrum zu dem Bekenntnis zu nötigen: ob es nach rechts oder nach links will.

Die Sozialdemokraten sind mit ihrem Koalitionspartner gründlich blamiert. Nicht unverdienter Weise, wie uns scheint! Denn dazu, daß das Zentrum sie jetzt sitzen läßt, hat wohl auch die schwache Haltung von BRAUN und SEVERING in den jüngsten Auseinandersetzungen mit den Generälen und Nazis beigetragen.

Wenn die SPD nach diesem Reinfall wenigstens den Schneid aufgebracht hätte, nun in allen Wählgängen für den kommunistischen Kandidaten zu stimmen! Ein bißchen Groß-zügigkeit gehört auch zum Gelingen der Einheitsfront!

lichen Verantwortung, und sobald irgend eine ausgesprochen nützliche Anlage oder Kenntnis hinzutritt, zu jeder Machtstellung.“ (Seite 166.)

Was soll werden?

„Entäußerung haben wir als den Leitstrahl der sozialen Sittlichkeit erkannt: Lossagung vom Dienst des Ueberflüssigen, von den Dingen als Machtquelle, vom Eigennutz des Familienstammes; Hinstreben vom Wesentlichen des äußeren Lebens, zur Solidarität, zur Hingabe an die Gemeinschaft, Verwerfung des ungerechten und unsittlichen Anspruchs, Übergang der Verantwortung an geistige und sittliche Mächte.“ (Seite 167.)

„Wir sind nicht da um des Besitzes willen, nicht um der Macht willen, auch nicht um des Glückes willen; sondern wir sind da zur Verklärung des Göttlichen aus menschlichem Geiste.“ (Seite 345.)

Was nützen diese — wenigstens der Absicht nach — kunstvoll gefügten Sätze? Für RATHENAU stand fest, „daß über alles menschliche Geschehen das Herz entscheidet“. Das Herz war für RATHENAU sichtlich kein sicherer Führer. So war er fast in jeder Beziehung ein Wanderer zwischen zwei Welten.

RATHENAU hat tiefer als viele Parteisozialisten erkannt, daß Sozialismus notwendig ist wegen der Verwerflichkeit des kapitalistischen Systems. Aber er war kein Sozialist.

Denn er blieb verwurzelt in der großkapitalistischen Umgebung, in die er hineingeboren war.

RATHENAU liebte den Krieg nicht. Aber er war kein Kriegsgegner.

Denn er blieb Nationalist.

RATHENAU wehrte sich gegen den Relativismus seiner Zeitgenossen, der die Möglichkeit allgemeingültiger Wertungen verneint. Er war aber doch kein Philosoph.

Denn er fand den Weg nicht, diese Wertungen, die er als notwendig ansah, wissenschaftlich zu begründen.

Wir stellen vor: zwei Wirtschaftsführer.

Friedrich Flick.

Der Weg zur Macht.

In der Inflationszeit, in der jeder arme Flickschuster durch Kauf und Verkauf von Sachwerten sich durchzuschlagen versuchte, schusterte Herr FRIEDRICH FLICK sich die Herrschaft über die Hauptwerke der westdeutschen Schwerindustrie zusammen.

Er kaufte 1920 die Aktienmehrheit der Bismarckhütte in Oberschlesien. Die dazugehörigen westfälischen Stahlwerke verkaufte er im Juni 1921 an die Rombacher Hüttenwerke. Vom Grafen THIELE-WINCKLER, einem ostelbischen Großgrundeigentümer, kaufte er die Kattowitzer A.G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb. Schließlich erwarb er die Aktienmehrheit der Oberschlesischen Eisenindustrie A.G. Seinen Aktienbesitz an der Bismarckhütte und der Kattowitzer A.G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb verkaufte er weiter an HUGO STINNES, und dafür kaufte er sich einen maßgebenden Einfluß bei den Mitteldutschen Stahlwerken. Sein größter Erfolg war, daß er nach dem Zusammenbruch von STINNES sich maßgebenden Einfluß auf die Gelsenkirchner Bergwerks A.G. sicherte und darauf aufbauend die

Vereinigten Stahlwerke A. G.

mit einem Aktienkapital von 800 Millionen Mark gründete.

FLICK beherrschte die Vereinigten Stahlwerke A. G. (auch Stahlverein genannt) auf folgendem Weg: FLICK ist der unumschränkte Herrscher in der Charlottenhütte A. G. mit 20,5 Millionen Mark Kapital. Bei der liegt das ausschlaggebende Gelsenkirchen-Aktien-Paket mit nominell 110 Millionen Mark Aktien. Diese Aktien sind in der Hauptsache nicht etwa mit eigenem Kapital des Herrn FLICK, sondern auf Grund von Krediten, deutschen Bankkrediten und Auslandskrediten, gekauft worden. Herr FLICK war dabei so geschickt, in den Kreditverträgen sich nicht zu verpflichten, bei einem Rückgang des Wertes der mit Hilfe des Kredits gekauften Aktien den Kredit teilweise zurückzuzahlen. Er hat die Aktien wohl gekauft zu Kursen, die zwischen 120 und 200 Prozent liegen. Anfang Februar war der Kurs 24 Prozent!

Die Gelsenkirchner Bergwerks A. G., bei der FLICK ausschlaggebenden Einfluß hatte, besitzt ihrerseits 252 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien und 82,4 Millionen Mark Aktien der Phoenix A. G. Die Phoenix A. G. hat ihrerseits 190 Millionen Mark im Umlauf befindliches Aktien-Kapital, sie verfügt über 193 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien und 14,9 Millionen Mark Zypen-Wissen-Aktien. Die Zypen-Wissen A. G. (Gesamtkapital 16,2 Millionen Mark) besitzt weitere 18,8 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien. Auf diesen Umweg verfügte Herr FLICK über rund 464 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien, also weit über die Mehrheit des heutigen Aktienkapitals von 775 Millionen Mark.

Flick verkauft eine Machtposition.

Die Gelsenkirchen-Aktien hatten im Februar, wie gesagt, einen Kurs von 24 Prozent. Inzwischen ist der Kurs auf 42 Prozent gestiegen. Man hat erst jetzt erfahren, warum. Das Reich hat, nach Vorverhandlungen mit Herrn FLICK, auf Grund deren Herr FLICK ungefähr 33 Prozent des 250 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Gelsenkirchner Bergwerks A. G. zum Kurs von 90 Prozent (!) an das Reich verkaufen wollte, weitere Aktien zugokauft, um insgesamt 51 Prozent der Aktien in seinen Besitz zu bringen. Wir nehmen an, daß die bürgerlichen Zeitungen recht haben, wenn sie behaupten, dieser Kauf habe den doppelten Zweck gehabt, das Aktien-Paket auf die Mehrheit aufzurunden und den Börsenkurs in die Höhe zu treiben, um den Kaufpreis, den das Reich Herrn FLICK bewilligt hat, nicht als allzu übertrieben hoch erscheinen zu lassen. — Der Kurs ist nun übrigens wieder zurückgegangen, auf 35.

Es ist noch keineswegs völlig klar, welches Spiel im einzelnen hier gespielt worden ist.

Die Reichsregierung ließ noch am 20. Juni erklären, es handele sich um eine private Banktransaktion.

Am 21. Juni läßt sie amtlich mitteilen: „Bei der Transaktion betreffend Gelsenkirchen handelt es sich um ein Geschäft, das von dem früheren Reichsfinanzminister DIETRICH persönlich im Laufe dieses Frühjahrs vorbereitet und durch einen von ihm am 31. Mai 1932 für das Reich unterzeichneten Vertrag zum Abschluß gebracht worden ist. Die neue Regierung hat dieses Abkommen vorgefunden. Anlaß, die Rechtsgültigkeit zu bezweifeln, besteht nicht.“

Der ehemalige Reichsfinanzminister DIETRICH hat der „Neuen Badischen Landeszeitung“ auf Anfrage mitgeteilt, er sei dienstlich zur Verschwiegenheit verpflichtet, die Verhandlungen hätten bereits im vorigen Sommer begonnen.

Im vorigen Sommer? Also zur Zeit der Bankenkrise, als Herr DIETRICH sowieso mit der Sozialisierung von Verlusten sich befaßte? Das macht stutzig.

Flick als Patriot.

Das ursprünglich verbreitete auch von uns wieder-gegebene Gerücht, Herr FLICK müsse demnächst Kredite an das Ausland zurückzahlen, scheint nicht zu stimmen. Offenbar schien es Herrn FLICK einfach nicht mehr rentabel, laufend die Kredite weiter zu verzinsen, mit deren Hilfe er die Herrschaft über den Stahlverein aufgebaut hatte, eine Herrschaft, die überdies nicht unumschränkt war. Der HUGENBERGSCHEN „Deutsche Handelsdienst“ verbreitet — vielleicht auf Grund von Informationen durch Herrn FLICK — folgende Aufklärung: Der Wunsch der FLICK-Gruppe, sich von dem Paket Gelsenkirchen-Aktien zu trennen, sei bereits älteren Datums. Die Gründe dafür lägen keineswegs in der Finanzlage der FLICK-Gruppe, „sondern dürften eher in Organisationsfragen bei den Vereinigten Stahlwerken und in den sonstigen Interessen der Charlottenhütte zu suchen sein“. Bereits im vorigen Jahr hätten sich mehrere Auslandsgruppen für das Aktien-Paket interessiert. Die Reichsregierung sei ihrerseits an die FLICK-Gruppe herangetreten. „Ob schon das Angebot der Reichsregierung nicht unerheblich schlechter war als die vom Auslande vorliegenden, glaubte doch die FLICK-Gruppe diesem aus nationalpolitischen Gründen den Vorzug geben zu müssen.“

Alle Achtung vor Herrn FLICK als Patriot! Wir nehmen zur Kenntnis, daß Patriotismus so aussieht:

Der Kurs einer Aktie steht auf 24 Prozent; man läßt sich vom Reich 90 Prozent bezahlen.

Wohlfahrtsanstalt in Betrieb.

Mit dieser Bezahlung hat es übrigens eine merkwürdige Bewandnis. Angeblich soll etwa ein Drittel des Kaufpreises dazu dienen, die Gelsenkirchner Bergwerks A. G. von gewissen Schulden zu befreien. Es ist verständlich, daß das Reich die Gelsenkirchner Bergwerks A. G. lieber nicht mit allzu vielen Schulden übernimmt. Wenn es diese Schulden aber letzten Endes doch bezahlt, warum dann der merkwürdige Umweg über die Bezahlung eines hohen Kaufpreises an Herrn FLICK?

Ein weiteres Drittel der Kaufsumme soll angeblich verwendet werden zur Tilgung von Bankschulden einiger Tochtergesellschaften der Charlottenhütte (der Stammfirma des Herrn FLICK); in diesem Fall sei die Dresdner Bank die Gläubigerin. Die Dresdner Bank gehört aber bekanntlich dem Reich. Es ist gewiß unerfreulich, daß Herr FLICK hohe Schulden bei der dem Reich gehörigen Bank hat. Es bleibt aber unerfindlich, warum das Reich dem Herrn FLICK die Rückzahlung der Schulden an die dem Reich gehörige Dresdner Bank dadurch ermöglichen soll, daß das Reich dem Herrn FLICK Aktien weit über dem Kurswert abkauft.

Angeblich erhält der arme Herr FLICK nur ein Drittel des Kaufpreises. Der HUGENBERGSCHEN „Deutsche Handelsdienst“ berichtet: „Genau 25 bis 28 Millionen Mark“. Dieser Betrag „dürfte teilweise für Zwecke der ober-schlesischen Interessen, teilweise zum Aufbau der Mittelstahl-Gruppe verwandt werden“.

Wir verstehen auch dies: Herr FLICK möchte, nachdem ihm die Erhaltung der Herrschaft über den Stahlverein nicht geglückt ist, sein Herrschaftsgebiet Max-Hütte-Mittelstahl besser ausbauen. Diese Betriebe scheinen ohnehin rentabler zu sein als die westdeutschen Stahlbetriebe; sie sind auch nicht durch ungünstige Erzielungsverträge belastet. Es bleibt aber unerfindlich, warum das Reich ausgerechnet die schlechteren Betriebe übernimmt und Herrn FLICK dabei die Mittel in die Hand gibt, die besseren Betriebe noch weiter zu verbessern.

Alles spitzt sich also auf die Frage zu:

Warum hat das Reich dieses „Geschäft“ gemacht?

Die folgende Erklärung hat viel Wahrscheinlichkeit für sich: Das Reich hat sich seinerzeit bekanntlich die Sanierung der Großbanken etwas kosten lassen: nach unserer Berechnung in Nr. 47 des „Funken“ 791 Millionen Mark. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß bei dieser Sanierung die Banken sicherlich noch nicht genügend Abschreibungen auf ihre Forderungen an die Schwerindustrie gemacht haben. Das Reich hat also bei der Uebernahme von Großbanken

Vergleiche hierzu auch die Berichte in Nr. 63, 64, 81, 86, 89, 93 des „Funken“.

Noch immer hören die Skandalberichte über KREUGER-Unternehmungen, „Schiebungen“, „Betrügereien“ u. s. w. nicht auf. Zwischendurch wird die eine oder andere Nachricht wieder dementiert. Wahrheit und Dichtung erscheinen kunterbunt gemischt. Das Bild des Herrn KREUGER, des nordischen Germanen, des „schaffenden“ Kapitalisten, zeichnet sich dabei immer deutlicher ab.

Nach Mitteilung der schwedischen Zeitung „Allehanda“ sind bisher 400 Tochter-Unternehmungen festgestellt worden, die IVAR KREUGER gegründet hatte und von denen man bisher noch nichts wußte! Man erwartet, daß noch weitere 200—300 derartige Gesellschaften aufgefunden werden.

Eine Bank, die nie eröffnet wurde.

Ein bezeichnendes Beispiel für das Vorgehen des Betrügers KREUGER ist die Gründung der Internationalen Bank- und Finanz-Gesellschaft A.G. in Danzig. In der Bilanz der KREUGER & TOLL-Gesellschaft vom 31. Dezember 1930 erscheint dieses Unternehmen mit einem angeblichen Guthaben von rund 34 Millionen Danziger Gulden, obwohl feststeht, daß die Danziger Gesellschaft erst am 11. April 1931 in das Handelsregister eingetragen wurde. Als Grundkapital waren dabei 1000 Inhaber-Aktien zu je 1000 Gulden eingesetzt. Aufsichtsrat und Vorstand waren Danziger Kaufleute, die allerdings von den wahren Absichten des Unternehmens nichts wußten, sondern völlig auf den international bekannten guten Namen KREUGERS als eines „Wirtschaftsführers“ vertrauten. Das nach dem Danziger Gesetz zur Gründung erforderliche Viertel des Nennbetrages der Aktien zur Sicherstellung der Gründungskosten, Gebühren u. s. w. ist damals auch bar einbezahlt worden. Die Bank hat jedoch ihren Geschäftsgang überhaupt nicht eröffnet! Das ist nur ein typisches Beispiel von vielen.

Börsenmanöver nach Kreugers Tod.

Bekanntlich wurde KREUGERS Selbstmord etwa 8 Stunden lang geheimgehalten. Während dieser Zeit ist nun an der Börse in New-York der Riesenposten von 165 000 KREUGER & TOLL-Debentures verkauft worden, in Stockholm wurden zur gleichen Zeit auf dem freien Markte etwa 6—8000 KREUGER & TOLL-Papiere abgesetzt. Nach dem Bekanntwerden des Todes von KREUGER fielen alle diese Papiere selbstverständlich stark im Kurs. Anscheinend haben also gelehrige Schüler des großen Betrügers den Tod ihres Meisters zu gewaltigen Börsenraubzügen benutzt.

Der schwedische Staat und Kreuger.

Schon in Nr. 64 wurde berichtet, welche Bedeutung KREUGER und sein Konzern für das kleine Land Schweden hatten. Waren auch die offiziellen Bilanzen gefälscht, so betrug doch nach neueren Untersuchungen allein der Gewinn, den KREUGER an den in der Inflation erworbenen deutschen Grundstücken erzielte, etwa 40 bis 50 Millionen Kronen. Die jährliche Verkaufsumme im Zündholzgeschäft belief sich auf 250 bis 300 Millionen Kronen. Von 1928 bis 1930 hat Schweden 65, 103 und 220 Millionen Kronen Kapital ausgeführt, was in der Hauptsache durch KREUGERS Geschäft bedingt war.

Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 236, vom 20. Mai, wird daher mit Recht gesagt, daß

„Schweden seine Prosperität zum großen Teil jenen gefälschten Bilanzen verdankt, mit denen Ivar Kreuger Schweden und die ganze Welt betrogen hat.“

KREUGER war es, der die allerdings schon lange weltbekannte ERICSSON-Gesellschaft in Verbindung mit den großen Amerikanischen Telephon- und Kabelgesellschaften gebräht

große Risiken mit übernommen. Weil es das getan hat, greift es nun weiter, noch näher an den Risiko-Herd heran: mitten in die bankrotte Schwerindustrie hinein, — in der Hoffnung, sein altes Risiko dadurch zu verkleinern. In Wahrheit wirft es einer schlechten Vermögensanlage gutes Geld nach und macht wahrscheinlich die schlechte Anlage dadurch doch nicht wesentlich besser.

Also vielleicht liegt die Sache so:

Weil bereits Steuergelder ohne wirklichen Sanierungserfolg (Gesundmachungs-)Erfolg vertan sind, werden weitere Steuergelder vertan, in der Hoffnung, den ersten Mißerfolg dadurch zuzudecken.

Für diese Erklärung spricht stark, daß Herr DIETRICH die Regelung seinem Nachfolger im Finanzministerium nicht überlassen wollte und noch nach dem Rücktritt des Kabinetts BRÜNING als geschäftsführender Minister am 31. Mai den Vertrag endgültig unterzeichnet hat.

Falls Herr VON PAPAN dieses Verfahren des Herrn DIETRICH brandmarken wollte, als er die Ausnutzung des Staates als Wohlfahrtsanstalt ablehnte, wären wir allerdings voll und ganz mit ihm einverstanden! So liegt es aber sicher nicht. Das läßt sich schon aus folgendem erkennen. Herr DIETRICH hatte wenigstens versucht, dem Reich bei der Gelsenkirchen A.G. und damit beim Stahlverein einen entscheidenden Einfluß zu verschaffen. Der HUGENBERGSCHEN Handelsdienst verbreitet nunmehr die folgende Ansicht: „Da die derzeitige Regierung nicht dieselben Sozialisierungsgelüste hat wie die vorige, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß einer der früher aufgetretenen Interessenten-Gruppen eine Unterbeteiligung angeboten wird.“

Auf deutsch: Nachdem das Reich das Seinige getan hat, um eine schwerindustrielle Gruppe zu sanieren, ist es bereit, seinen Einfluß an die Beherrscher der Schwerindustrie wieder abzutreten.

Doch abgesehen von diesen Zukunftsmöglichkeiten: Es ist grauhaft, immer wieder mit anzusehen, wie das Reich immer wieder Reserven daran gibt, um Kapitalisten vor dem wirtschaftlichen Tod zu retten. Diese Reserven fehlen, um die Arbeitermassen vor der Gefahr des Hungertodes zu bewahren zu helfen.

Die Reichsregierung wird immer deutlicher lediglich das ausführende Organ der Klasse der Großgrundeigentümer und Schwerindustriellen. Ihre Hauptaufgabe ist immer deutlicher: diese Klasse auf den Schultern der Arbeiter und Bauern möglichst lange durch die Krise zu schleppen. Werden Arbeiter und Bauern die Last abschütteln, ehe sie am Boden liegen? Hellmut Rauschenplat.

Kreuger und kein Ende.

hat. Durch KREUGER bekamen Separator und Kugellager, die ebenfalls weltbekannten Unternehmen, einen Anfrucht. KREUGER hat die schwedische Zellstoffindustrie zusammengeführt, unterstützte die schwedische Filmindustrie und war am schwedischen Eisenerzbergbau interessiert.

Im schwedischen Reichstago erklärte nun der Finanzminister EKMAN, daß infolge der umfangreichen KREUGER-katastrophe der

Steuereingang um sechs Millionen Kronen zurückgehe.

Interessant waren die Mitteilungen des Finanzministers, wie es zu den bekannten KREUGER-Krediten der schwedischen Reichsbank kam. Man hatte dem Minister gleichsam die Pistole auf die Brust gesetzt. Am 23. Februar wurde der Finanzminister nach seinen eigenen Angaben abends vom Vorsitzenden des Bankenausschusses im Reichstag aufgesucht und gebeten, sofort zu einer wichtigen Konferenz zur Reichsbank zu kommen. Dort sei ihm gesagt worden, daß der schwedische Zündholztrust die Zahlungen einstellen müßte, wenn nicht innerhalb von zwei Stunden zwei Millionen Dollar telegraphisch nach Amerika überwiesen würden. Der Reichsbankpräsident unterstützte den Kreditplan, und so stimmte der Minister schließlich zu. Bei der Konferenz fiel allgemein auf, wie wenig der anwesende Vertreter des Zündholztrust über die Lage des Konzerns unterrichtet war. — Wir berichten über diesen Vorgang ausführlich, weil sich

zeigt, wie ähnlich es bei „Sanierungen“ bankrotter Unternehmungen in allen Ländern heute zugeht.

Die Liste der Konkursanmeldungen.

Im schwedischen Kronrat wurde am 27. Mai das Moratorium (der Zahlungsaufschub) für KREUGER & TOLL, die Tochtergesellschaften, den KREUGERSCHEN Nachlaß und die KREUGER-Direktoren aufgehoben.

Ueber die Gesellschaften KREUGER & TOLL, Sefor und Usa (das sind zwei der drei schwedischen Holdingfirmen) ist ihrem Antrag entsprechend am 24. Mai Konkurs verhängt worden.

Am 26. Mai ist der Konkurs über die Vermögen der Direktoren SJÖSTRÖM und LITTORIN sowie den Nachlaß IVAR KREUGERS beantragt worden.

Am 27. Mai wurde auch die A.B. Högbroforsen in Konkurs versetzt, die dem KREUGERSCHEN Zellstoffkonzern nahesteht.

Ebenso hat sich der Verwaltungsrat der amerikanischen Spitzengesellschaft des KREUGER-Konzerns, International Match Corp., genötigt gesehen, die Eröffnung des Konkursverfahrens gegen die Gesellschaft zu beantragen.

In Verbindung damit steht auch die Mitte Juni bekannt gewordene plötzliche „Umgründung“ eines der führenden Bankhäuser der New Yorker Wallstreet, der Firma LEE HIGGINSON & Co., die praktisch einer Liquidation gleichkommt. Dieses Bankhaus hatte durch den Zusammenbruch KREUGERS seine gesamten Reserven verloren und darüber hinaus eine solche Vertrauenserschütterung erlitten, daß das Schicksal der Bank besiegelt war.

So begann die Kette der Konkursverfahren und Zusammenbrüche im Zusammenhang mit dem Fall KREUGER. Betrogen und Betrüger werden nach deren Abschluß neue Vermögensaufstellungen machen müssen. Wir brauchen darauf nicht zu warten, um festzustellen:

Die internationale Vertrauenskrise und damit die Wirtschaftskrise selber ist durch den Fall Kreuger verschärft worden.